Nummer 186

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil W. Funk, Berlin; Politischer Teil Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil H. Rongiewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 70. Jahrgang Mittwoch, 22. April 1925

Die Aufwertungsgesetze im Reichsrat.

Wie wir hören, wird sich heute der Reichsrat mit den Aufwertungsgesetzen der Reichsregierung beschäftigen. Wie uns versichert wird, werden die Abänderungsvorschläge des Reichsrates, wie sie sich aus den bisherigen Beratungen ergeben, vorwiegend formeller Natur sein. Materielle Abänderungen werden hinsichtlich der Regelung der K-Schahanweisungen vorgeschlagen werden, die eine bessere Auswirkung erzielen sollen, als die Regierungsentwürfe vorsehen. Die Dividenden der Reichsbahn sollen zur Verstärkung des Tilgungsdienstes für die Altbesitzer herangezogen werden. Es ist anzunehmen, daß die Regierungsvorlage den Reichsrat im großen Gangen unverändert passieren wird. Die zahlreichen Abänderungsvorschläge, die von einzelnen Ländern vorgebracht sind und wesentliche Aenderungen materieller Natur verlangen, dürften abgelehnt werden.

Die bulgarischen Wirren.

Konflikt zwischen dem König und dem Stadtkommandanten von Sofia. Internierung des Königs?

PE Sofia, 22. April.

Zwischen König Boris und dem Stadtkommandanten von Sofia General Lazarow ist ein ernster Konflikt ausgebrochen. Der König setzte sich für eine Veränderung der Verfassung im demokratischen Sinne ein und wünschte, daß auch die gemäßigten Elemente der Opposition in einer neu zu wählenden Koalitionsregierung vertreten sei. Die Militärliga, an deren Spitze General Lazarow steht, setzte dem Plan des Königs den heftigsten Widerstand entgegen. In politischen Kreisen Bulgariens verlautet, daß der König Boris von der Militärliga an seinem Hofe interniert wurde. Man erklärt auch, daß der Militärdiktator Bulgariens, General Lazarow, König Boris verhindert habe, ins Ausland abzureisen.

In allen Teilen des Landes wurden zahlreiche neue Verhaftungen von Mitgliedern der agrarkommunistischen Organisation vorgenommen. Bei den Haussuchungen wurden an verschiedenen Stellen Explosivstoffe vorgefunden. In Sofia und desgleichen auch auf dem flachen Lande kam es gestern zu Schießereien zwischen der Polizei und den Kommunisten.

Die Sondersitzung der Sobranje.

Angriffe auf Jugoslavien.

EP Sofia, 22. April.

Gestern um 4 Uhr begann die Sitzung der Sobranje, die zu dem Zweck zusammenberufen wurde, um das Regierungsdekret über den Belagerungszustand zu genehmigen. Ministerpräsident Jankoff führte in Besprechung des Attentates aus, daß bei den blutigen Ereignissen der letzten Zeit, durch die die besten Söhne Bulgariens den Tod gefunden haben, die Regierung genötigt sei, den Belagerungszustand zu verhängen. Glauben Sie mir, sagte der Ministerpräsident, daß ich mich schäme, weil dieses Attentat von Bulgaren ausgeführt wurde, die vom Ausland bezahlt worden sind. Der Innenminister Russoff erhob Beschuldigung gegen die jugoslawische Gesandtschaft. Er teilte mit, daß der Kirchendiener bei der Untersuchung gestanden habe, daß der Kapitän Minkoff, der Hauptattentäter, ihm erklärt habe, nach dem Attentat würden die Teilnehmer der Verschwörung bei der jugoslawischen Gesandtschaft Reisepässe bekommen. Die Sobranje genehmigte hierauf das Regierungsdekret und vertagte sich bis zum 6. Juni.

Zurückweisung durch die Belgrader Regierung

TU Belgrad, 22. April.

Das jugoslawische Ministerium des Aeußern veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt, daß gewisse ausgerische Kreise die jugoslawische Regierung für die jüngsten Ereignisse in Bulgarien verantwortlich machen wollen. Das Außenamt stellt fest, daß die jugoslawische Regierung durchaus korrekte Beziehungen zu Bulgarien unterhalte und diese auch zu einer Zeit beobachtet habe, als durch Bulgarien der Ueberbrieb bewaffneter Banden auf jugoslawisches Gebiet nicht verhindert wurde. Die jugoslawische Regierung ist darüber sehr erstaunt, daß man in Bulgarien auch nur den Verdacht gegen Jugoslawien ausgesprochen habe.

Die bulgarische Agrarpartei erbittet die Intervention der Alliierten.

TU Paris, 22. April.

Nach Meldungen aus Sofia haben die ehemaligen Minister Choff und Theodoroff den alliierten Mächten folgendes Telegramm zugehen lassen: Intervention im Interesse der Menschheit. Regierungstruppen haben gestern 5000 neue Verhaftungen vorgenommen, 500 Personen wurden unterzüglich standrechtlich erschossen.

Eine Erklärung der Berliner bulgarischen Gesandtschaft.

Von der bulgarischen Gesandtschaft in Berlin wird uns mitgeteilt: Alle Meldungen aus Belgrad oder aus anderen Orten über angebliche Gewalttaten der bulgarischen Behörden oder gar Massenhinrichtungen bei der Verfolgung der Agrarkommunisten na chem Attentat in der Kathedrale in Sofia entbehren jeglicher Begründung. Die bulgarischen Behörden vollziehen die die Gesetze mit aller Strenge, weil es sich um ein ungeheures Verbrechen gegen das Land handelt, aber sie begehen keine Gewalttaten und keine Willkürakte. Wenn einzelne Erschießungen erfolgt sind, so ist das nur bei bewaffnetem Widerstand seitens der Verbrecher geschehen.

Das echte Rot – die Farbe des Marxblocks.

Ein Bekenntnis Dr. Wirths.

Herr Dr. Josef Wirth, der vom Marx-Block in die sächsischen Hochburgen des Linksradikalismus geschickt ist, um die dortigen Sozialdemokraten bei Marx zu halten, hat in seiner vorgestrigen Chemnitzer Rede laut „Chemnitzer Volksstimme" (Nr. 92) folgende Sätze geprägt:

„Wir sind verschrien: Sie als die roten Sachsen, ich als der rote Wirth. Aber das macht nichts. Die Hauptsache ist, daß die Farbe echt ist."

„Stürmischer Beifall" so schreibt die „Chemnitzer Volksstimme", „aus vieltausendköpfiger Menge bewies dem Reichskanzler a. D. Dr. Wirth, daß er mit diesen Worten das Richtige getroffen hatte. Ja, rote Sachsen waren es in der überwiegenden Mehrzahl — Arbeiter, Proletarier, bewußte Klassenkämpfer und unbedingt treue Republikaner, die die Riesenhalle auf dem Sportplatz Kopf und Kopf füllen, daß der berühmte Apfel wirklich nicht zur Erde fallen konnte. Die Chemnitzer Arbeiter wußten, warum sie den roten Wirth gleich anfangs stürmisch begrüßten. Er ist ihnen ja kein Fremder. Sie haben ihm das Wort nicht vergessen, an das der Versammlungsleiter Genosse Böchel gleich eingangs erinnerte: Der Feind steht rechts!"

So schreibt die „Chemnitzer Volksstimme":

Wir schließen uns der Beifall an, denn Herr Dr. Wirth, der Trommler des Zentrums im Wahlkampf, hat hier endlich die Formel gefunden, in der die Politik der Marx-Koalition konzentriert ist. Die Hauptsache ist, daß die Farbe, nämlich die rote, echt ist. Wir haben nie daran gezweifelt, daß rot die echte und beherrschende Farbe der Marx-Koalition ist und freuen uns der Freimütigkeit, mit der der zweitbeste Mann des „Volksblocks" diese Tatsache im Wahlkampfe bekundet.

Der katholische Klerus gegen die Sozialdemokratie.

In der nichtmarxistischen Presse sind in der letzten Zeit mehrfach Auszüge aus Erlassen der höchsten katholischen Kircheninstanzen erschienen, die das Zusammengehen des Zentrums mit der Sozialdemokratie verurteilen. In den leitenden Kreisen des Zentrums und der Marxkoalition fürchtet man offenbar den Eindruck, den diese Mitteilungen bei der katholischen Wählerschaft hervorrufen, und hat deshalb eine Erklärung des Archipresbiteralsklerus des Dekanats Breslau herbeigeführt, in der gegen die Verwendung derartiger Erlasse im Wahlkampf Einspruch erhoben wird. Aber auch in dieser Kundgebung wird dem Zentrum und — der Sozialdemokratie folgender Satz ins Stammbuch geschrieben:

„Es ist unsere begründete Ueberzeugung, daß das Zentrum niemals den verwerflichen Programmen und Bestrebungen kirchenfeindlicher Parteien zustimmen wird."

Nun mag der Zentrumswähler selbst im stillen Kämmerlein mit sich zu Rate gehen, ob er sich durch seine Stimmabgabe der Adolf Hoffmann-Partei unterwerfen will oder nicht.

Die Wirtschaft wählt Hindenburg!

Von Kommerzienrat Karl Uebelen-Hannover.

Kann noch ein Zweifel sein?! Ist der oft bewährte getreue Eckart Hindenburg oder bei der Wahl zum höchsten Amt in Preußen oft durchgefallene Marx der würdigere Repräsentant des deutschen Volkes?

Ein altes Sprichwort sagt: „Nur die allergrößten Kälber wählen ihren Metzger selber." Hieran wird man unwillkürlich erinnert, wenn man jetzt noch — nach sieben schrecklichen Jahren sozialistischer Experimente — aus Kroisen von Handel und Industrie (die Landwirte sind heller!) Zweifel hört, wem die Stimme bei der Reichspräsidentenwahl zu geben sei.

Eine Kandidatur Marx bedeutet doch nur, daran hilft kein Deuteln, eine absolut feste Bindung, ja sogar

Fesselung an den Marxismus

und seine Irrlehren, dessen „Segnungen" die deutsche Wirtschaft ausgekostet hat und an deren Folgen sie noch krankt. — Wer also als Wirtschaftler will — und jeder muß dies doch wollen — daß die Gesundung von Handel und Industrie nicht in den einzelnen Städten bleibt, daß die Bevormundung der Wirtschaft durch einseitige Interessenpolitik aufhört und daß Reinlichkeit ins öffentliche Leben wiederkehrt, der, — das gilt für diejenigen, welche stets nach dem Auslande schielen — zu ruhiger Stärkemehr Vertrauen hat als zu wehklagender Schwäche, der muß am 26. April seine Stimme unserem Hindenburg geben.

Für die Erneuerung des Staates.

Die Reichsblock-Versammlung in Berlin.

Gestern abend fand eine von etwa 1500 Personen besuchte Versammlung des Reichsblocks im großen Festsaal des Berliner Lehrervereinshauses statt. Herr Drewin von der Deutsch-sozialen Partei leitete die Versammlung und dankte Dr. Jarres dafür, daß er seine ganze Kraft in den Dienst der Hindenburg-Kandidatur setze. Der Kampf sei sauer, aber aussichtsreich.

Sodann sprach Staatsminister Dr. v. Raumer für die Deutsche Volkspartei. Zunächst teilte er mit, daß ein Flugblatt an die Wähler, das angeblich Mitteilungen der Deutschen Volkspartei enthalte, ein Wahlschwindel sei. Die Deutsche Volkspartei denke nicht daran, sich von Hindenburg zu trennen. Die Kandidatur Hindenburg sei entstanden durch die Zusammenschweißung der Weimarer Koalition, wodurch die Erreichung der Ziele der nationalen Parteien gefährdet worden war. Das Zentrum habe einen Kuhhandel abgeschlossen, durch diesen Kuhhandel sei Marx völlig dem sozialistischen Einfluß unterworfen. Die Deutsche Volkspartei habe anfangs gegen die Kandidatur Hindenburgs Bedenken gehabt, weil das Volk auf Hindenburg, als den einzigen großen Mann unserer Zeit sehe, der bis in die Reihen der reinen Linksparteien hinein verehrt wurde. Deshalb wollte ihn die Deutsche Volkspartei nicht in den Wahlkampf vorstricken, weil sie wußte, daß eine gewisse Presse nicht Halt machen würde vor seiner Person. Hindenburg habe erst angenommen, als er sah, welche Gefahr für das gesamte Volk bei mißdurchringen der revolutionären Weltanschauung bestand. Redner befaßte sich dann mit unrichtigen Meldungen, die über die Kandidatur Hindenburgs verbreitet seien. Wenn Hindenburg auf die Verfassung den Eid leisten werde so werde er ihn auch halten. Der Feldmarschall denke nicht an einen Krieg. Deutschland benötige eher einen Sicherheitspakt gegen Frankreich als umgekehrt. Ein Sicherheitspakt mit Hindenburgs Unterschrift sei jedenfalls gewichtiger als ein solcher mit der zum Beispiel Breitscheids. Hindenburg empfinde sozial, gerecht und tief christlich; nicht aus Ehrgeiz habe er die Kandidatur angenommen, sondern, um sich in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. Der Wahlsieg werde der Schicksalstag für die deutsche Republik sein.

Shodann sprach Schriftsteller Brodersen von der Deutschnationalen Volkspartei: Der Wahltag am 26. April sei seit Jahrhunderten wohl der bedeutungsvollste Tag der deutschen Geschichte, der entscheiden solle, ob die rote und schwarze Internationale über den deutschen nationalen Gedanken siegen solle. Der Kampf gehe ernsthaft nur zwischen Hindenburg und Marx. Der letztere halse stets bewiesen, wie sehr er am Amte klebe, sowohl als Reichskanzler, wie zuletzt als preußischer Ministerpräsident. Redner schloß mit dem Appell, Hindenburg zu wählen.

Herr Engel von der Deutsch-Sozialen Partei schnitt die Flaggenfrage an. Die nationalen Parteien würden die schwarz-rot-goldene Farbe nicht ablehnen wegen der Farbe, sondern wegen der Weltanschauung, der diese gilt. Er polemisierte sodann gegen Frankreich als umgekehrt. Ein Sicherheitspakt mit Hindenburgs Unterschrift sei jedenfalls gewichtiger als ein solcher mit der zum Beispiel Breitscheids. Hindenburg empfinde sozial, gerecht und tief christlich; nicht aus Ehrgeiz habe er die Kandidatur angenommen, sondern, um sich in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. Der Wahltag werde der Schicksalstag für die deutsche Republik sein.

Shodann sprach Schriftsteller Brodersen von der Deutschnationalen Volkspartei: Der Wahltag am 26. April sei seit Jahrhunderten wohl der bedeutungsvollste Tag der deutschen Geschichte, der entscheiden solle, ob die rote und schwarze Internationale über den deutschen nationalen Gedanken siegen solle. Der Kampf gehe ernsthaft nur zwischen Hindenburg und Marx. Der letztere halse stets bewiesen, wie sehr er am Amte klebe, sowohl als Reichskanzler, wie zuletzt als preußischer Ministerpräsident. Redner schloß mit dem Appell, Hindenburg zu wählen.

Herr Engel von der Deutsch-Sozialen Partei schnitt die Flaggenfrage an. Die nationalen Parteien würden die schwarz-rot-goldene Farbe nicht ablehnen wegen der Farbe, sondern wegen der Weltanschauung, der diese gilt. Er polemisierte sodann gegen die undurchführbaren Gedanken eines Völkerfriedens, sowie dagegen, daß bei der Präsidentenwahl ausländische Einflüsse sich geltend machen sollten. Der Redner trat dann für die Ueberbrückung aller Klassenunterschiede ein. Trotz der Republik sei das Volk immer ärmer geworden. Wir wollen die internationale Republik ersetzen durch eine nationale Republik.

Reichstagsabgeordneter Kube betonte, daß zum ersten Male durch eine weltgeschichtliche Persönlichkeit die nationalen Parteien zusammengeschmiedet worden seien. Kein Volk der Welt habe mehr Mißgeschick erlitten, als das deutsche, aber immer wieder habe es sich zu achtbarer Höhe erhoben. Der größte Feind Deutschlands sei sein innerer Zwiespalt.

Dr. Heim gegen Dr. Marx.

TU München, 21. April.

Wie der Telegraphen-Union mitgeteilt wird, hat der bekannte Führer der Bayerischen Volkspartei, Dr. Heim, vor seiner lebensgefährlichen Erkrankung einen Aufsatz über die Reichspräsidentenwahl geschrieben, der infolge seiner plötzlichen Erkrankung bisher nicht veröffentlicht wurde. Dr Heim wendet sich in seinem Artikel entschieden gegen das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie, das vom katholischen Standpunkte aus ein Verbrechen sei. Er erklärt es für unbegreiflich, daß ein Mann wie Marx, der sich als Vorkämpfer für die christliche Schule ausgebe, auf der anderen Seite eine Politik betreibe, die alles gefährde. Kein Bayer könne dem Kandidaten Marx seine Stimme geben, vor allem kein christlich gesinnter Mann und keine christlich gesinnte Frau, kein Bauer, kein Handwerker, kein Hausbesitzer, ja selbst kein Kleinhändler und kein Arbeiter. Am Schlusse sagt Dr. Heim: Wo Männer und Frauen, denen Ihr nicht die christliche Kultur zerschlagen wollte, wenn Ihr nicht die christliche Schule den Neuheiden ausliefern wollt, dann keine Stimme für Marx."

Die nationalen Arbeiter Sachsens für Hindenburg.

Am Sonntag fand in Dresden eine Vorstandssitzung des Landesverbandes evangelischer nationaler Arbeitervereine in Sachsen statt. Es wurde ein Aufruf erlassen, worin die evangelische Arbeiterschaft aufgefordert wird, Hindenburg zu wählen, weil dieser auf dem Boden des Christentums stehe. Die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei für Sachsen hat ihre Mitglieder und Gruppen angewiesen, die Kandidatur Hindenburgs mit allen Kräften zu fördern.

Das Ausland, auf das es ankommt.

Immer häufiger begegnet man bei unvoreingenommenen und urteilsfähigen Ausländern einem für uns nicht gerade sehr rühmlichen Kopfschütteln über die Geflissenheit eines großen Teiles der Parteipresse, den Wahlkampf vor allem mit dem Argument zu führen, daß das Ausland diese und jene scharfe Abneigung und diese und jene ausgesprochene Wünsche habe. Man hat sich ja in allen Ländern wohl daran gewöhnen müssen, daß die kritiklose Uebertreibung und das Totbetzen des Prinzips des allgemeinen und völlig gleichen Wahlrechts in den Zeiten einer Wahlvorbereitung zu allerhand schlimmen Geschmacksausschreitungen und sogar zu regelrechten Pfychosen führt. In anderen Ländern aber ist es doch, man kann wohl sagen ausnahmslos, auch in solchen Zeiten so gut wie unmöglich, daß man den innenpolitischen Gegner mit Berufung auf das Ausland und wohl gar noch auf das feindlich gesinnte Ausland bekämpft. Dieser Tage noch schrieb wieder der Berner „Bund" wörtlich: „Das Interesse des Auslandes am Ausfall der deutschen Abstimmung ist verständlich; vielfach äußert es sich aber in Formen, die dem Versuch einer direkten Einmischung nahekommen. Auch das ist jedoch nur die Folge einer üblen deutschen Gepflogenheit, in seinen Angelegenheiten das Urteil des Auslandes anzurufen und es als Waffe im Parteikampfe zu benutzen. Dabei spiegelt sich in jenen oft recht schiefen Urteilen meist nur eine einseitige deutsche Parteimeinung wieder."

Vor allem aber wird man diese Parteiklopffechter, die bei jeder Gelegenheit nach dem Auslande schielen und teils aus eigner Angstmeierei, oft aber in übelster tendenziöser Berechnung, nur ja das wieder keimende, aber ach noch immer so zarte deutsche Selbstbewußtsein zu zerwürfen, fragen müssen, ob sie denn das Ausland, d. h. die für uns maßgebenden Auslandsfaktoren wirklich kennen und nicht vielmehr sich auf einen Popanz berufen, der in der Zeit der Tatsachen meist ziemlich irrelevant ist, wenn er nicht eben, wie auch der Berner „Bund" ja andeutet, von ihnen selbst erst künstlich geschaffen worden ist.

Ein kluger Schweizer Wirtschaftsmann erklärte mir so dieser Tage, daß seiner Meinung nach in jenem Ausland, das für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und gerade auch Deutschlands selbst nach Interessen und Vermögen allein in Frage kommen, von Monat zu Monat die Ueberzeugung fester werde, daß auch in Deutschland eine stabile, durchaus bürgerlich konsolidierte, gegen alle sozialistischen Experimente und Machtgelüste gefeite Regierung das für Alle Wünschenswerte sei. Und selbstverständlich erblicke man eine solche Regierung nur in dem politisch verantwortlichen Zusammenarbeiten jener Schichten und Persönlichkeiten, die durch ihre wirtschaftliche Fundierung, Tätigkeit und Erfahrung den parallelen Kreisen des Auslandes überhaupt erst die Möglichkeit und Sicherheit für die gemeinsame Wiederaufbauarbeit schaffen. Diese sozial gefestigten, wirtschaftlich kräftigen und politisch einsichtsvollen Kreise des Auslandes sind aber recht eigentlich das Ausland, auf das es für uns ankommt, während die Alarmrufe und gehässigen Zeitungsartikel besonders in der französischen, aber auch in der angelsächsischen und natürlich östlichen Presse, auch wenn sie nicht nur der Widerhall deutschen Parteigezänks sind, meist nur publizistischen Sensationsbedürfnis entsprungen. Denn selbstverständlich ist für einen französischen Journalisten, der um einen wirkungsvollen Stoff verlegen ist, nichts bequemer, als die alte Walze „Deutschland bereitet seine Revanche vor und Hindenburg ist der Krieg" aufzuziehen. Allerdings können durch solche Pressehetze vorübergehend neue Verstimmung oder gar Zwischenfälle hervorgerufen werden, aber die überall heute immer drückender werdende wirtschaftliche Weltkrise hat doch auch überall die Einsicht in die Notwendigkeit vernünftiger Realpolitik zunehmen lassen und den Einfluß jener für eine auf wirtschaftlichen Tatsachen basierte Realpolitik eintretender Kreise verstärkt. Hinzu kommt, daß gerade die letzte Offensive des Europabedrohenden Bolschewismus in Bulgarien alle verantwortungsbewußten Politiker ernst auf diese von Osten